bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 01 | 07. Januar 2005

Rechte Szene 2

Wiederannäherung
Der seit knapp drei Jahren schwelende Konflikt zwischen den „Freien“ um Christian Worch und der NPD scheint beendet.

Nur Notwehr ist erlaubt
Magdeburger Neonazis mobilisieren bundesweit für Aufmarsch zum 60. Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bomber.

Gemeinsamkeiten
Neonazi-Gruppe streckt Fühler nach Moskau aus.

"Braune Eminenz"
Der niedersächsische NPD-Landesvize Adolf Dammann ist Organisator der Neonazi-Aktivitäten in der Region.

"Grenzen der Toleranz"
Hamburger Studierende müssen sich mit einer neonazistischen Kommilitonin auseinandersetzen. Sie fühlen sich zum Teil von ihr bedroht.

Ausland 7

Kampf um die Führung
Machtbeschneidung bei der National Alliance.

Antisemitismus 7

Chronik des Hasses
Der „blick nach rechts“ dokumentiert Schändungen jüdischer Friedhöfe, Einrichtungen und Mahnmale in 2004:

Demokratische Initiativen 9

Historisches Ereignis
Zum 60. Jahrestag sollen die Vereinten Nationen an Auschwitz erinnern.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Bestialische Ärzte
Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen über Verbrechen der Medizin.

Grauzone 11

Familiäre Ehrung
Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zeichnet hauseigenen Journalisten für sein Schaffen bei ihr selbst aus.
Betrifft: Zweite Karriere in “blick nach rechts“ Nr. 24/2004 vom 25. November 2004.

Meldungen 12

Rechte Szene

Wiederannäherung

Der seit knapp drei Jahren schwelende Konflikt zwischen den „Freien" um Christian Worch und der NPD scheint beendet.

Es war, je nach Betrachtungsweise, einer der Tief- oder Höhepunkte in der Auseinandersetzung zwischen „Freien" und NPD: Noch bevor am 2. Februar 2002 in Bielefeld eine von der NPD angemeldete Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung beginnt, eröffnet der mit eigenem Lautsprecherwagen angereiste Christian Worch seine ganz eigene Kundgebung und ruft Steffen Hupka ans Mikrofon. Der Eklat ist perfekt: Eine Viertelstunde wütet der aus der NPD ausgeschlossene und mit Redeverbot belegte Hupka, Ex-Bundesschulungsleiter der Partei und Kopf der Revolutionären Plattform, gegen den NPD-Vorstand. Die Lautsprecheranlagen von Worch und Partei liefern sich einen Wettstreit in Sachen Lautstärke: Hupkas Rede contra Marschmusik aus den NPD-Boxen. Nur ganz knapp vermeiden die Kontrahenten tätliche Auseinandersetzungen. Dafür aber geht NPD-Technik zu Bruch.

Zu Bruch ging – vor allem wegen der taktischen Zurückhaltung der Partei während des Verbotsverfahrens – auch das Verhältnis der NPD zu vielen „Freien". Der Ton wurde schärfer in jenen Wochen Anfang 2002. Einen „Klüngel aus V-Leuten und dessen Unterstützern" nannte Hupka den Parteivorstand. Nach dem Parteitag im März 2002 in Königslutter erklärte er die NPD gar zur „feindlichen Organisation": „Die Partei ist nicht mehr reformfähig." Die Arbeit in der NPD sei „bei diesem Vorstand als kontraproduktiv anzusehen". Worch sah das bis in diesen Sommer hinein ganz ähnlich. „Politischen Betrug" warf er der Partei vor und beobachtete das Bemühen um eine Wiederannäherung zwischen NPD und „Freien" höchst misstrauisch: Die Partei suche „sich wieder mal ein paar nützliche Idioten, mit denen man es eine Weile machen kann, bis die Bedürfnislage der Partei sich ändert und aus den nützlichen Idioten der Schiller'sche Mohr wird, der seine Schuldigkeit getan hat".

Knapp drei Jahre nach dem Bielefelder Eklat dürfen Worch und Hupka – und offenbar auch der ebenfalls lange Zeit unerwünschte Hartmut Wostupatsch – nun wieder bei der NPD sprechen. Formell aufgehoben hat der Vorstand seine Abgrenzungsentscheidung aber offenbar nicht. „Durch Nicht-Bestätigung durch den neu gewählten Parteivorstand" habe er vielmehr seine „Gültigkeit verloren", teilte Worch seinen Kameraden mit. Auch die Form, wie ihm diese neue Position der Partei mitgeteilt wurde, spricht nicht dafür, dass die NPD-Spitze ihn gleich wieder ins Herz schließen will. Auf einen Offenen Brief Worchs reagierte der Vorstand zunächst knapp zwei Monate lang überhaupt nicht, dann telefonierte ein Vorstandsmitglied mit Worch. Und erst auf dessen Bitte hin, bekam er es auch schriftlich, dass das Auftrittsverbot aufgehoben ist.

Damit sei für ihn „das wesentliche Hindernis für eine eventuelle neuerliche Zusammenarbeit mit der NPD entfallen", resümiert Worch. Allerdings entdeckt auch Worch keine neue Liebe zur Partei: Eine Zusammenarbeit werde zunächst nur „eher punktuelle Züge tragen", bremst er. Das Konzept einer rechten „Volksfront" erscheine ihm noch „höchst nebulös". Worch weiter: „Vor allem ist in dem Zusammenhang auch klarzustellen, dass ich einen großen Unterschied mache zwischen 'Unterstützung von' oder 'Zusammenarbeit mit'. Für die reine (einseitige) Unterstützung der NPD bzw. eines Wahlbündnisses verschiedener nationaler Parteien sehe ich zur Zeit keine Veranlassung; eine (zwei- bzw. mehrseitige) Zusammenarbeit ist eine Frage wechselseitiger Leistung und Gegenleistung." Abzuwarten bleibe auch, „ob die nach den Wahlerfolgen von NPD (Sachsen) und DVU (Brandenburg) entstandene Welle der Euphorie überhaupt anhalten oder wieder abflachen wird".

Dankbar sein müsste Worch der NPD dennoch. Mit seiner schroffen Ablehnung des NPD-Kurses drohte sich der Hamburger in den letzten Monaten auch von weiten Teilen der „Freien"-Szene zu isolieren. Welche konkreten Folgen das Ende der Eiszeit zwischen Worch und der NPD haben wird, ist vorerst offen. Vielleicht, so deutete Worch an, werde er die NPD einladen, einen Redner zu seiner 1.-Mai-Demonstration in Leipzig zu schicken. „Ansonsten gilt: Wenn die NPD ihrerseits Ideen für irgendeine Zusammenarbeit hat, die sie an mich herantragen möchte, dann weiß sie, wie ich zu erreichen bin. Ich stehe noch immer im Hamburger Telefonbuch."

Tomas Sager

Nur Notwehr ist erlaubt

Magdeburger Neonazis mobilisieren bundesweit für Aufmarsch zum 60. Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bomber.

Mit einem Trauermarsch und einer Kundgebung auf dem Magdeburger Domplatz wollen Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet am 15. Januar des 60. Jahrestages der Zerstörung Magdeburgs durch alliierte Bomberverbände am 16. Januar 1945 gedenken. Organisatoren der Veranstaltung, für die bundesweit in neonazistischen Netzwerken mobilisiert wird, sind die „Freien nationalen Sozialisten Magdeburg“. Die wollen nach eigenen Angaben mit dem Aufmarsch „ein Zeichen setzen gegen Mord und Terror der Kriegstreiber des internationalen Großkapitals“.

Tatsächlich gehört Magdeburg nach Dresden und Köln zu den im Zweiten Weltkrieg am stärksten zerstörten deutschen Städten. 90 Prozent der historischen barocken Innenstadt wurden von den britisch-amerikanischen Bomberverbänden in Schutt und Asche gelegt. Zehntausende von Menschen starben. Aber die Magdeburger Neonazis müssen die historischen Tatsachen und die heutige Weltpolitik schon ganz schön verbiegen, um beides miteinander in Einklang zu bringen und für ihren Aufmarsch zu mobilisieren. „Es sind dieselben Mächte die damals die Welt in den Krieg gegen das deutsche Reich hetzten, die auch heute in Irak, Afghanistan und sonst überall auf der Welt Krieg führen, für Öl und Dollar, für Vormachtstellung und Absatzmärkte des internationalen Großkapitals“, heißt es auf der Internetseite der Veranstalter.

Als Redner für die Kundgebung auf dem Domplatz sind Thomas („Steiner“) Wulff, Ralph Tegethoff und der rechtsextreme Rechtsanwalt Jürgen Rieger angekündigt. Gegen letzteren ist derzeit gerade ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung anhängig. Der Liedermacher Frank Rennicke, der ebenfalls einen Auftritt für die Kundgebung angekündigt hatte, musste wieder passen. Er hatte für diesen Tag bereits einen Konzertauftritt mit einem rechtsextremen Konzertveranstalter in Norddeutschland, der den braunen Barden nicht aus seinem Vertrag entlassen wollte.

Quer über alle Fraktionen hinweg betrachtet der Stadtrat den Aufmarsch mit großer Sorge. Zwar hat er SPD-Oberbürgermeister Lutz Trümper beauftragt, im engen Kontakt mit der Polizei alle Möglichkeiten auszuloten, die Veranstaltung zu verbieten, allzu groß allerdings dürften diese Möglichkeiten nicht sein. Auch Polizeipräsidentin Monika Liebau-Foß hat bereits darauf hingewiesen, dass der rechtliche Rahmen für eine Verbotsverfügung sehr eng gestrickt sei.

Tatsächlich sind die Neonazis bemüht, bereits im Vorfeld alle Möglichkeiten für eine Verbotsverfügung auszuhebeln. „Es gilt selbstverständlich striktes Alkoholverbot auf der gesamten Veranstaltung“, heißt es auf der Internetseite der Magdeburger Kameradschaft. „Das Tragen von Springerstiefeln und allen Stiefeln, die Springerstiefeln hinreichend ähnlich sehen (Ranger, DocMartens etc.) ist grundsätzlich untersagt.“ Nicht gestattet ist zudem das Tragen von Bomber- oder Tarnjacken sowie von Kleidungsstücken mit mehr oder weniger deutlichen szenetypischen Aufdrucken oder Schriftzügen. Sogar ein Rauchverbot während des Marsches und der Kundgebung haben die Veranstalter verhängt. Zudem gilt für die Teilnehmer eine absolute Kontaktsperre gegenüber Medienvertretern. Wer gegen diese Auflagen verstoße, werde vom Ordnungsdienst der Veranstalter vom Aufmarsch ausgeschlossen. Störer am Rande des Umzuges seien zu ignorieren, heißt es weiter, lediglich Notwehr sei gestattet. Bei der juristischen Interpretation von Notwehr dürften die Meinungen von Neonazis und Behörden allerdings beträchtlich auseinander liegen.

"Symbolisch den braunen Dreck rauskehren"

Das Rauchverbot hat sicherlich seinen Grund. Denn die Spitze von Rat und Verwaltung der Stadt Magdeburg will nicht selbst zu einer Gegenveranstaltung aufrufen und diese noch viel weniger selbst organisieren. Trümper möchte Konfrontationen vermeiden. Untätig hinnehmen will er hingegen den Aufmarsch auch nicht. „Nach Abschluss der Veranstaltung werden wir Kehrmaschinen auf den Domplatz schicken, um symbolisch den braunen Dreck buchstäblich rauszukehren“, kündigte er an. Zudem will die Stadtverwaltung entlang des Demonstrationsweges der Neonazis Plakate und Transparente aushängen lassen, mit denen sich die Stadt und ihre Bürger

ebenso symbolisch wie eindeutig vom Rechtsextremismus distanzieren. Trümper verweist auf die offizielle Gedenkveranstaltung der Stadt mit einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte für die Opfer des verheerenden Bombenangriffs auf dem Westfriedhof am 16. Januar, dem eigentlichen Jahrestag der Luftangriffe. „Je mehr Magdeburger an dieser Veranstaltung teilnehmen, desto stärker manifestieren sie auch ihren Protest gegen diejenigen, die die Ursachen für diesen Krieg gesetzt haben und die jetzt wieder aus ihren Löchern kriechen“, sagt er.

Ganz ohne Gegenaktionen werden sich die Neonazis hingegen doch nicht in Magdeburg breit machen können. Insgesamt fünf Organisationen haben Gegenveranstaltungen angemeldet, unklar ist noch, ob es zu gemeinsamen Aktionen kommen wird. Für die Sicherheitsbehörden wird der Bahnhofsvorplatz ein besonders neuralgischer Punkt im Magdeburger Stadtbild sein. Dort, wo viele Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet zur Teilnahme an Trauermarsch und Kundgebung eintreffen werden, hat auch die örtliche Antifa-Szene ihre Gegenveranstaltung angemeldet, für die ebenfalls bundesweit mobilisiert wird.

Was die Nazis mit ihrem Aufmarsch eigentlich erreichen wollen, haben sie bereits geschafft. Sie haben Einfluss auf das politische Leben in Sachsen-Anhalt genommen. Dort nämlich steht im Januar der erste Volksentscheid in der Nachwendegeschichte des Landes an. Zur Abstimmung stehen die Standards in der Kinderbetreuung. Frühester Termin wäre der 16. Januar gewesen. Auf Bitten der „Volksinitiative für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“, die den Volksentscheid mit einem erfolgreichen Volksbegehren herbeigeführt hat, hat Innenminister Klaus Jeziorsky den Termin der Abstimmung auf den 23. Januar festgelegt. Und noch eines haben die Magdeburger Neonazis, die ihre Internetseite „Festungsstadt“ betitelt haben, erreicht. Zumindest für einen Tag wird sich Magdeburg, das einst tatsächlich preußische Festungsstadt war, in eine Festung verwandeln. In eine Festung der Sicherheitskräfte, die Ausschreitungen und Zusammenstöße möglichst schon im Keim zu ersticken versuchen werden.

Eberhard Löblich

Gemeinsamkeiten

Neonazi-Gruppe streckt Fühler nach Moskau aus.

Eigenangaben des mehrere Dutzend Anhänger umfassenden neonazistischen Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS) zufolge will im März oder April dieses Jahres die gesamte KDS-Organisationsleitung an einer Reise nach Moskau teilnehmen. Vorgesehen sind Auftritte beim Parteitag der Nationalistisch-Großrussischen Partei (NDPR) unter Führung von Alexander Sevastianov, Gespräche mit dem Russischen Offiziersbund über die Teilnahme deutscher Kameraden an „Wehrertüchtigungslagern“ in Russland sowie Gespräche mit dem Schweizer Holocaust-Leugner und Justizflüchtling Jürgen Graf.

Bundesvorsitzender des am 1. Mai 1999 im brandenburgischen Krimnitz gegründeten KDS ist der Berliner Michael Koth. Koth wurde 1997 wegen nationalbolschewistischer Aktivitäten aus der KPD ausgeschlossen. Die KDS-Bundesgeschäftsstelle betreibt Andreas Kühn, Mitarbeiter der Neonazi-Schrift „Der Insel Bote“ aus Wolgast. Die KDS-Organisationsleitung obliegt Thomas Brehl, ehemals Adlatus von Michael Kühnen, im hessischen Langen. Brehl ist unter anderem wegen Rädelsführerschaft in der verbotenen Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front vorbestraft.

Zuletzt weilte im vergangenen Oktober eine KDS-Delegation auf Einladung der NDPR in Moskau. Mit dabei waren auch Mitglieder der mit dem KDS „freundschaftlich verbundenen“ „Deutschen Volksfront“. Koth wetterte in seinem Grußwort auf dem NDPR-Parteitag über den „Hauptfeind der Menschheit, die Wallstreet-Gangster und ihre Führungsoffensive in Tel Aviv“ (gemeint sind Führungsoffiziere). Übersetzt wurde die Rede von Jürgen Graf. Die deutschen Kameraden trafen in Moskau auch auf den antisemitischen Verschwörungstheoretiker Gerhoch Reisegger aus Österreich, einem gefragten Autor in diversen rechtsextremen Blättern (unter anderem „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, „Signal“, „Opposition“, „Fakten“, „Aula“, „Eckartbote“, „Neue Ordnung“ und der „Jungen Freiheit“).

Anton Maegerle

"Braune Eminenz"

Der niedersächsische NPD-Landesvize Adolf Dammann ist Organisator der Neonazi-Aktivitäten in der Region.

Drohungen sind sein Markenzeichen. „Na ja, irgendwann wird man auch in Braunschweig wieder rechtsstaatliche Verhältnisse sehen", schloss er seine Anmerkungen zu einer Demonstration. „Man sollte nur alles daransetzen, dass uns bis dahin unser Namensgedächtnis nicht im Stich lässt." Der Polizeichef, die „Antifatzkes" – sie stehen auf der Liste von Adolf Dammann, der Liste mit „Volksschädlingen" für die Abrechnung nach dem Tag der Machtergreifung.

Noch ist der 65-Jährige stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen und die „braune Eminenz" der Neonazi-Aktivitäten in Elbe-Weser-Raum. Die längste Zeit hat er im Hintergrund gewirkt, als Organisator von Aufmärschen, Wahlkämpfen und Schulungen. Beim „Demo- und Kampagnen-Tourismus", so der Verfassungsschutz, spielt Dammann eine wesentliche Rolle.

Jetzt tritt er außerdem als Redner auf (in Braunschweig, Osnabrück, Wilhelmshaven und zuletzt am 23. Oktober 2004 in Hannover) oder als „Leitwolf" von 40 jungen „Kameraden" bei einer Kundgebung im März in Rotenburg/Wümme, die gewalttätig endete. Kaum eine Veranstaltung der rechten Szene, bei der er fehlt. Er war dabei, als auf Jürgen Riegers „Heisenhof" am 20. November 2004 eine erste „Bildungsveranstaltung" für die braune Kameradschaft mit dem ehemaligen Bombenleger Peter Naumann stattfand, ebenso vier Tage später bei einer Burschenschaft in Göttingen, wobei sich Ex-Brigadegeneral Reinhard Günzel beklatschen ließ.

Dammann besaß die im Dezember 1999 unter ungeklärten Umständen abgebrannte Tagungsstätte „Kalte Zeit" bei Sulingen südlich von Bremen. Weiterhin als geselliger Treffpunkt und zur Schulung von NPD-Kadern genutzt wird der Stammsitz seiner Familie in Bargstedt bei Stade. Hier ausgebildete Aktivisten der Jungen Nationaldemokraten gehören zu den Bewohnern des Heisenhofs.

„Seitdem ich in Rente bin, brauche ich mich öffentlich nicht mehr zurückzuhalten", erklärte Dammann unlängst einer Lokalzeitung. Diese hatte brav seine Leserbriefe gedruckt, solange er als NPD-Funktionär nicht im Vordergrund stand. Als Leiter einer Bankfiliale war Dammann schließlich ein ehrenwerter Mann. Aber seit Dammann den Pastor von Himmelpforten bedroht hat, ist sein Kredit bei der lokalen Publizistik geschwunden. Dammanns Adlatus, der 19-jährige Zivildienstleistende Martin Zaha, hatte für den 15. Mai 2004 einen als „Kranzniederlegung" getarnten Aufmarsch von 60 NPD-Mitgliedern und „Freien Nationalisten" aus ganz Norddeutschland organisiert; zu der vom Pastor initiierten Gegenkundgebung erschienen 500 Menschen. „Wenn dieser Ortspfaffe seine Volksverhetzung weiter betreibt", gab Dammann Polizei und Presse zu Protokoll, „werden wir seinen Tempel aufsuchen, ihn von der Kanzel holen und dem Volk erzählen, was er lügt." Auch die Junge Union des Landkreis Stade hatte noch Verständnis für Dammann gezeigt, nachdem er am 12. Januar 2004 an seinem Wohnort Buxtehude eine Schüler-Veranstaltung über Rechtsextremismus mit polizeilicher Schützenhilfe sprengte. Seit dem Satz über den Pastor hat er solche Freundschaften verloren.

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Wer Hass sät, wird Gewalt ernten! Die Drahtzieher werden nicht davonkommen!" So schließt ein mutmaßlich von ihm verfasster Text auf der von Zaha betriebenen Website des NPD-Unterbezirks Stade vom 7. Dezember 2004. Gerade hatte Dammann sich blamiert: NPD und „Kameradschaften" planten vor seiner Haustür in Stade eine Großkundgebung mit „bundesweitem Anspruch", wie Dammann bestätigte, nachdem das Vorhaben bekannt geworden war. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Margrit Wetzel rief zum Widerstand auf, die Neonazis ruderten prompt zurück. Das „Aktionsbüro Norddeutschland", mit dem, Dammann zufolge, die NPD eng hätte zusammenarbeiten wollen, widersprach im Internet und stellte die Verlautbarungen als „Gerücht" dar.

Quasi als Ersatz kündigte Martin Zaha eine Reihe von „Mini-Demos" an. Am 16. Dezember verteilten zehn Gefolgsleute von Dammann vor der Agentur für Arbeit in Stade Flugblätter.

Uwe Ruprecht

"Grenzen der Toleranz"

Hamburger Studierende müssen sich mit einer neonazistischen Kommilitonin auseinandersetzen. Sie fühlen sich zum Teil von ihr bedroht.

Im Internet erklärt Thekla Kosche ihre Intention: „Ich bin vom Nationalsozialismus fasziniert. Ich finde diese Gedanken wertvoll“ und möchte sie „aufgreifen und weiterentwickeln“. Nicht aber mittels „Aktionen“, betont die bekennende Neonazistin auf der Homepage ihrer Versandbuchhandlung „Spirit Wake“, sondern durch „gedankliche und kommunikative Arbeit“. Seit drei Semestern studiert Kosche am Hamburger Institut für Volkskunde. Kürzlich kam es im laufenden Seminar „Volkskunde im Nationalsozialismus“ zum Eklat. „Das reguläre Seminar findet nicht statt“, sagte eine Studentin am 9. Dezember 2004.

Über 50 Studentinnen und Studenten waren zu der Vorlesung im Seminar versammelt, um über den Umgang mit neonazistischen Positionen zu reden. Auch Studierende anderer Fachbereiche waren da. „Das Problem betrifft uns alle“, betonte ein Geschichtsstudent und berichtete, dass vor wenigen Semestern Inge Nottelmann, Aktivistin aus dem Netzwerk des „Aktionsbüro Norddeutschland“, in seinem Fachbereich studieren wollte. Bereits in den vorherigen Wochen hatten Studenten im Seminarraum gegen ein Referat von Kosche zu „Rassenkunde und Regionalcharakter“ protestiert. Als Professor Albrecht Lehmann das Transparent: „Keine Rassenlehre an der Uni“ sah, sagte er die Vorlesung ab.

„Die Ansichten von Frau Kosche sind bekannt“ erklärte Lehmann später. Sie dürfe jedoch studieren, betonte er. „Wir haben das rechtlich überprüft“. Die Protestaktion fand er allerdings unglücklich: „Der Faschismus war das schlimmste Verbrechen, doch dann folgen, mit weitem Abstand, die Verbrechen des Antifaschismus“, sagte der Hamburger Professor. Außerdem wäre das Referat genau abgesprochen gewesen.

Solche Absprachen wollten aber viele Studenten des Instituts nicht mehr hinnehmen. „In dem Referat wird sie nicht ausführen, dass die arische Rasse die Beste sei“, meinte eine Studentin und hob hervor: „Kosche weiß, wann, wo, wie, was sie sagen kann“. Dass sie den Rassentheorien des Nationalsozialismus zugeneigt sein könnte, meinte die Studentin weiter, lege das Angebot ihrer Versandbuchhandlung nahe. Finden sich doch unter den Autoren der Buchhandlung „zur geistigen Erweckung“ neben spirituellen Faschisten, verurteilte Holocaust-Leugner auch nationalsozialistische Rassentheoretiker. So hat Kosche auch den zentralen Rassentheoretiker des Nationalsozialismus Hans F. K. Günther mit der „Rassenkunde des deutschen Volkes“ im Programm.

Wo liegen die Grenzen für einen wissenschaftlichen Diskurs, fragten sich die Hamburger Studentinnen und Studenten an jenem Donnerstag im Dezember. Kosche, die jahrelang Anti-Antifa-Arbeit betrieb, war nicht gekommen. „Sie vermengt Politik und Wissenschaft“, betonte eine Studentin, und: „Das Internet-Statement ist eindeutig“. Öfters schwärmte Kosche, laut einem Studenten, von den „hohen Zielen der NS-Bewegung“. „Eine wissenschaftliche Streitkultur müsse das aushalten“, sagte eine andere Studentin. „Es gibt Grenzen der Toleranz“, erwiderte jemand anders, „oder solle man auch über den Wahrheitsgehalt vom Holocaust wissenschaftlich streiten?“. Zur Streitkultur gehöre, angstfrei zu sein, warf eine Studentin ein, doch, „wenn Kosche im Seminar ist habe ich Angst. Ich weiß nicht, ob sie nicht Daten sammelt und an die Rechten weiterleitet.“ Mehrere Studenten erklärten, dass sie wegen Kosche „Kurse nicht belegt haben“ und ein weiterer erzählte, das Kosche drohte: „Niemand muss Angst vor mir haben, nur wer was gegen mich sagt.“

Bereits im vergangenen Semester hatten Studenten wegen Kosches Anti-Antifa-Aktivitäten ein Flugblatt vor dem Fachbereich verteilt. Dieses Semester wollen nun die Seminarteilnehmer mit Lehmann zusammen im Kurs herausarbeiten, „was die Konfrontation mit Neonazis für Kulturwissenschaftler“ bedeutet. Ob Kosche weiter an dem Kurs teilnehmen soll, ist umstritten. „Zum Undenken werden wir sie nicht anregen“, wusste eine Studentin, „aber vielleicht verstört sie die inhaltliche Auseinandersetzung – der permanente Widerspruch“.

Andreas Speit

Ausland

Kampf um die Führung

Machtbeschneidung bei der National Alliance.

Mit der Berufung eines Exekutivkomitees hat die National Alliance (NA), trotz schwindender Anhängerschaft weiterhin die größte Neonazi-Gruppierung der USA, auf ihre anhaltende interne Krise reagiert. In den letzten Monaten hatte es zum Teil heftige Kritik aus den eigenen Reihen am Führungsstil und der strategischen Ausrichtung der Organisation gegeben. Das fünfköpfige Komitee soll Beratungs- und Kontrollfunktionen übernehmen und die angesprochenen Probleme aktiv aufarbeiten, um die NA zurück in die Erfolgsspur zu führen. Angehören werden dem Kreis die altgedienten Mitglieder Charles Ellis, Rich Lindstrom, Robert Pate, Kevin Alfred Strom sowie Roger Williams. Der auf der konstituierenden Sitzung ebenfalls anwesende NA-Chef Erich Gliebe und sein Vertrauter Shaun Walker billigten laut einer Erklärung die Schaffung des neuen Gremiums, dessen Kompetenzen in den kommenden Monaten noch abgesteckt werden sollen.

Hinter verschlossenen Türen wird es dabei allerdings kaum so einträchtig zugegangen sein, wie es in offiziellen Verlautbarungen der Organisation dargestellt wird. Vor allem für Gliebe, Nachfolger des im Juli 2002 verstorbenen NA-Gründers William Pierce, bedeutet die Einsetzung des Komitees eine herbe Niederlage im internen Machtkampf. Die Stellung seiner Kritiker um Kevin Strom, Vater des rechten Radioprogramms „American Dissident Voices“ und verantwortlich für das publizistische Sprachrohr der Organisation „National Vanguard“, hingegen ist gestärkt.

Die Rolle des charismatischen William Pierce konnte Gliebe, Manager des hauseigenen Musikunternehmens „Resistance Records“, nie ausfüllen. Seine Gegner werfen dem 41-Jährigen unter anderem mangelndes Strategiebewusstsein vor. Kritisiert wird auch Gliebes fehlende Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Protagonisten der extremen Rechten wie zum Beispiel David Duke.

Michael Funk

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Der „blick nach rechts“ dokumentiert Schändungen jüdischer Friedhöfe, Einrichtungen und Mahnmale in 2004:

Januar: Zwischen dem 11. und 17. Januar wird der jüdische Friedhof in Nickenich (Kreis Mayen-Koblenz) geschändet. Zehn Grabsteine werden umgeworfen, vier weitere Grabmale mit den Worten „Judas“ und „Satan“, einem Pentagramm, einem umgedrehten Kreuz sowie der Zahl 666 beschmiert. Ein Grab wird etwa einen halben Meter tief ausgehoben. Am Wochenende vom 30.1./1.2. schänden Unbekannte 16 Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Gotha, 14 Grabsteine werden umgeworfen, zwei beschädigt.

Februar: Unbekannte haben rund um die Baustelle des Berliner Holocaust-Mahnmals 40 Schmähplakate angebracht. Darauf wird das Mahnmal als „Sühne-Erlebnispark“ verunglimpft und zur Unterstützung für die NPD aufgerufen (6./7.2.) Die denkmalgeschützten Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Erp (bei Köln) werden zerstört. Die Tat wird Mitte Februar entdeckt. In Bochum wird der PKW des Rabbiners Yaacov Luft schwer beschädigt, zudem werden sieben Hakenkreuze in den Lack gekratzt (27./28,2.).

März: Die jüdischen Gedenksteine im Landkreis Ostprignitz-Ruppin werden mit antisemitischen Parolen beschmiert. In Neuruppin wird ein Denkmal, das an den „Todesmarsch“ von 1945 erinnert, verunstaltet (7.3.). In derselben Nacht wird auch ein jüdischer Gedenkstein in Fehrbellin geschändet. Das jüdische Mahnmal im Siegmunds Hof in Berlin Mitte wird mit weißer Farbe beschmiert. Die Polizei entdeckt den Vorfall am 21.3. Auf dem jüdischen Friedhof im südthüringischen Walldorf bei Meiningen werden 91 der rund 200 Grabstellen verwüstet (29.3.).

April: Unbekannte beschmieren ein jüdisches Mahnmal in Berlin-Schöneberg mit einem Hakenkreuz und SS-Runen (9./10.4.). Der jüdische Friedhof in Bausendorf (Kreis Bernkastel-Wittlich) wird zu Ostern von Unbekannten geschändet. In roter Farbe werden NS-Symbole und

Parolen auf fünf Grabsteine aufgesprüht. Unbekannte Täter ritzen mitten am Tag einen Davidstern in die Leuchtreklame einer Arztpraxis in Dessau, die der Ehefrau des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde gehört.

Mai: In der Nacht zum 7. Mai werden in Halle acht aus Beton gegossene Steine, die erst wenige Stunden zuvor mit Messingtafeln vor früheren Wohnhäusern jüdischer Familien in die Gehwege eingelassen worden waren, gestohlen. Mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen wird Mitte Mai eine jüdische Gedenktafel in Berlin-Spandau beschmiert.

Juni: Anfang Juni wird der jüdische Friedhof im hessischen Alsbach-Hähnlein geschändet. Zwei Grabsteine werden umgeworfen und in sieben weitere Hakenkreuze geritzt. In Schwerin werden Mitte Juni mit einem Farbmarker Schriftzüge wie „Juden raus“ und „Sharon ins KZ“ auf einem Geländer, einer Sitzbank, einem Papierkorb und einer Wand angebracht. Tatort ist die Reppiner Burg, die als Treffpunkt der rechtsextremen Szene gilt. In Wildeshausen bei Delmenhorst wird eine Granit-Stele verwüstet. Das Mahnmal zur Erinnerung an die 1938 zerstörte Synagoge wird umgerissen und demoliert. Ob NPD-Aufkleber auf dem Mahnmal aus der Tatnacht stammen oder einer rechten Aktion einige Wochen zuvor, ist unklar (19.6.). In Düsseldorf wird ein jüdischer Friedhof mit NS-Schmierereien geschändet; 41 Grabsteine werden mit Hakenkreuzen und SS-Runen in silberner Farbe besprüht (23./24.6.). An das ehemalige Gebetshaus der jüdischen Gemeinde in Gardelegen (Altmarkkreis Salzwedel) sprühen Unbekannte ein Hakenkreuz (27.6.).

Juli: 17 Grabsteine werden am zweiten Juli-Wochenende auf dem Jüdischen Friedhof im badischen Bruchsal umgeworfen. An anderen, frischen Gräbern werden die Holzkreuze herausgerissen.

August: Mitte August wird eine Hinweistafel in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora bei Nordhausen (Thüringen) mit antisemitischen Parolen besprüht. Außerdem werden an einem rekonstruierten Transportwaggon und am Eingang zur Stollenanlage Transparente mit rechtsextremem Inhalt angebracht. Ebenfalls Mitte August werden Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Schwarza (Kreis Schalkalden-Meiningen) von Unbekannten beschädigt. Nach Angaben der Polizei sind 22 Grabsteine umgeworfen worden, mindestens drei davon seien zerbrochen. Der jüdische Friedhof in Bochum wird geschändet (22./23.8.). An rund 50 Grabsteinen werden Aufkleber angebracht, die auf den 17. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess verweisen-

September: Anfang September wird der jüdische Friedhof in Neunkirchen (Saarland) verwüstet. In der Nacht zum 11. September wird ein Holocaust-Denkmal in Berlin-Mitte von Unbekannten mit Anti-Abtreibungs-Parolen beschmiert. Am 27. September wird entdeckt, dass mehrere Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Perleberg geschändet worden sind. Die Polizei fasste drei Täter, die einräumten, aus einer „rechtsgerichteten Motivation“ heraus gehandelt zu haben.

Oktober: Am 8. und am 13. Oktober wird der jüdische Friedhof in Wickede (NRW) geschändet. Ein Grabstein wird komplett zerstört, an acht weiteren werden Hakenkreuze eingeritzt. Am 15. Oktober wird bekannt, dass auf dem jüdischen Friedhof in Jülich zahlreiche Grabsteine von Unbekannten beschmiert worden sind. Die Grabsteine sind mit verfassungsfeindliche Symbolen unter anderem Hakenkreuzen verunstaltet.

November: Unmittelbar vor dem 66. Jahrestag der Pogromnacht wird das Denkmal für das einstige Gotteshaus der jüdischen Gemeinde Adass Jisroel in Berlin das Ziel eines Graffiti-Anschlags. In der Nacht zum 28. November schänden Unbekannte den jüdischen Friedhof in Bocholdt. Wie die Polizei mitteilte, drangen die Täter in das verschlossene Gelände ein und schmierten mit Farbe nationalsozialistische Schriftzüge und Symbole auf mehrere Grabsteine.

Dezember: Auf Straßenschilder in der Jüdenstraße in Berlin-Spandau wird das Wort Jüden mit roter Farbe überstrichen, eine Hauswand mit roter Farbe beschmiert (6./7.12.). Das Fenster der PDS-Geschäftsstelle in der Jüdenstraße 46 wird mit der Parole „Die Juden sind unser Unglück“ verunreinigt. Das Landeskriminalamt ermittelt im Auftrag des Staatsschutzes.

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Historisches Ereignis

Zum 60. Jahrestag sollen die Vereinten Nationen an Auschwitz erinnern.

Der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski hat 50 Staats- und Regierungschefs eingeladen, an den Feiern zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz teilzunehmen. Bundespräsident Horst Köhler hat bereits zugesagt, am 27. Januar in die Gedenkstätte zu kommen. Unter den Gästen werden auch Israels Präsident Mosche Katzaw sowie der russische Präsident Wladimir Putin sein und Ansprachen halten – Putin für die Befreier, Katzaw für die Opfer.

In Berlin beginnen die Feiern bereits am 25. Januar mit einer Gedenkveranstaltung des Internationalen Auschwitz Komitees im Deutschen Theater. Redner sind unter anderem Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (JWC), Rabbiner Israel Singer.

Die Bundesrepublik, Russland, Polen, Israel, der JWC – viele Nationen und Organisationen sind also beteiligt, doch das ist noch nicht alles. Angesichts der Tatsache, dass in Auschwitz mehr als 1,5 Millionen Menschen aus vielen Staaten ermordet worden sind und es nur wenige Überlebende gibt, soll drei Tage vor dem historischen Ereignis – am 24. Januar – die Vollversammlung der UNO mit ihren 191 Mitgliedern zu einer Sondersitzung zusammentreten und an die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager vor 60 Jahren erinnern. Gegenstimmen zu dem schriftlichen Vorschlag des US-UN-Botschafters John Danforth an Kofi Annan sind nach Einschätzung von UN-Beobachtern kaum zu erwarten. Dafür spricht auch, dass eine Unterkommission der UN-Generalversammlung jetzt eine Resolution verabschiedet hat, die erstmals ausdrücklich Antisemitismus verurteilt. In der Entschließung heißt es, man nehme „mit tiefer Besorgnis das verbreitete Ansteigen von Intoleranz und Gewalt wahr, das gegen die Mitglieder vieler religiöser Gemeinschaften in den verschiedenen Teilen der Welt gerichtet ist – einschließlich der durch Islamaphobia, Antisemitismus und Christianaphobia motivierten Fälle.“ Hinzu kommt ein Papier, das zum ersten Mal in der Geschichte der UNO nicht nur das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser verurteilt, sondern auch die Suizidattentate gegen israelische Zivilisten. 142 Staaten waren für das Papier bei sechs Enthaltungen und fünf Neinstimmen.

Danforth schreibt unter anderem: „Wir halten es für wichtig, dass die Vereinten Nationen – eine Organisation, die aus der Asche des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust entstanden ist – diesen Anlass in einer Art würdigen, die seiner historischen Bedeutung entspricht ... Das ist eine Gelegenheit für uns alle, sich zu erinnern und sich den Gründungsprinzipien und edlen Idealen neu zu verpflichten, auf denen die Vereinten Nationen gegründet wurden.“

Jahrzehntelang hat außer den Überlebenden und Leidensgefährten kaum jemand vom 27. Januar 1945 Kenntnis genommen. Im Westen wurde die Befreiung von Dachau und anderen KZs gefeiert. Delegationen reisten in Gedenkstätten, um dort der Toten zu gedenken. In der DDR gab es Feiern in Buchenwald, Sachsenhausen, hin und wieder in Ravensbrück – freilich stets mit antifaschistischem Akzent, wobei die jüdischen Opfer meistens unerwähnt blieben. So war es unter dem Druck der Kommunisten auch in Auschwitz. Auch dort galt das Gedenken Opfern der UdSSR, Polens und vieler anderer Nationen, ohne zu erwähnen, dass die meisten Juden waren. Das änderte sich mit der politischen Wende 1989/90.

In der Bundesrepublik ist der 27. Januar seit 1995 offizieller Gedenktag für alle NS-Opfer. Bundespräsident Roman Herzog hatte damals die Initiative ergriffen und seitdem bemühen sich Städte, Kreise, Schulen und viele andere Einrichtungen, zu diesem historischen Tag etwas Besonderes zu tun. Herzog wollte keine Gedenkfeiern im schwarzen Nadelstreifen. Dazu ist es auch nicht gekommen. Dass des 60. Jahrestages der Befreiung nun auf höchster Ebene der Weltorganisation, eben der UN-Vollversammlung – gedacht werden soll, ist ein Erfolg für die Völkergemeinschaft. Auschwitz symbolisiert zwar das Verbrechen eines Staates, betroffen von dieser Apokalypse war aber die Gemeinschaft der Völker, ein Vorgriff auf die Globalisierung in negativster Form.

Heiner Lichtenstein

Blick in die Zeitgeschichte

Bestialische Ärzte

Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen über Verbrechen der Medizin.

Konnte es in einem Konzentrationslager eine Steigerung der „alltäglichen“ Grausamkeiten, der allgegenwärtigen Todesangst geben? Angesichts der vor kurzem eröffneten Dauerausstellung „Medizin und Verbrechen“ in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen muss diese Frage bejaht werden. Im dortigen Krankenrevier gaben sich Ärzte nicht allein dazu her, kranke und geschwächte Häftlinge für den Transport in die Vernichtungslager zu selektieren. Hier wurden Männer durch Zwangskastration verstümmelt, jüdische Kinder dienten als „Versuchskaninchen“ für die Identifikation des Hepatitis-Erregers, und die Wirkung von Giften sowie gefährlichen Medikamenten wurde ebenfalls an Gefangenen erprobt.

Nach umfangreichen Sanierungs- und Umbauarbeiten in den original erhaltenen Krankenbaracken R I und R II konnte vor wenigen Wochen die Ausstellung in Anwesenheit von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) erstmals der Öffentlichkeit präsentiert werden. Mit „Medizin und Verbrechen“ bereitet die Gedenkstätte Sachsenhausen als erste bundesdeutsche KZ-Gedenkstätte ausführlich diesen Themenkomplex auf. Rund tausend Exponate sind auf einer Gesamtfläche von etwa achthundert Quadratmetern in den Originalbaracken zu sehen.

Viele Ausstellungsüberschriften, die den Bezeichnungen der Abteilungen des Krankenreviers entsprechen, lesen sich ganz harmlos: Wie in einem regulären Krankenhaus fand sich hier die Chirurgie, dort die Septische Abteilung, das Labor, ein Röntgenkabinett und so weiter. Doch vieles war nur Fassade für die Außenwelt – vornehmlich für ausländische Besuchergruppen, denen die Lager-SS etwa einen modernen Operationssaal vorführen konnte. Natürlich hätten die Häftlinge nichts davon gehabt, betont die Historikerin Astrid Ley. Sie hatte gemeinsam mit Günter Morsch die Projektleitung für die mit Mitteln der Bundesregierung sowie der brandenburgischen Landesregierung erarbeitete Ausstellung.

Die kaum fassbaren Verstöße der Ärzte gegen die medizinische Ethik werden exemplarisch anhand der Kurzbiographien von vier SS-Ärzten abgehandelt. Hier hätten sich oftmals, so Ley, Karrieristen, Antisemiten wie auch Sadisten gesammelt. Die eigentliche medizinische Betreuung gehörte im Konzentrationslager Sachsenhausen – wie in allen Lagern – zu den vernachlässigten Bereichen wie die Versorgung der Häftlinge mit Essen und warmen Kleidern. Im Grunde ging es im Krankenrevier nur darum, noch arbeitsfähige Gefangene mit Minimalaufwand schnell wiederherzustellen. Außerdem hatten Ärzte und Pflegepersonal die Aufgabe, die Entstehung von Seuchen zu verhindern.

Angesichts der miserablen Versorgung halfen sich die Häftlinge oftmals gegenseitig. Die Ausstellung dokumentiert etwa das solidarische Verhalten des inhaftierten Kommunisten Bruno Leuschner gegenüber seinem Mitgefangenen Oskar Hoffmann: Leuschner steckte ihm ohne Aufhebens fünf Sulfonamidtabletten zu, mit denen Hoffmann seine Durchfallerkrankung selbst kurieren konnte. Ab 1943 wurden Ärzte und Pflegepersonal auch unter den Gefangenen rekrutiert, wodurch sich die medizinische Versorgung professionalisierte. Um die Arbeitsmoral der noch halbwegs einsatzfähigen Häftlinge zu erhöhen wurde zu dieser Zeit sogar ein Lagerbordell etabliert, in dem sich weibliche Gefangene des Konzentrationslagers Ravensbrück zwangsweise prostituieren mussten.

Die Ausstellung widmet sich in weiteren Abschnitten der Geschichte des Krankenreviers als Haftlazarett für die Teilnehmer des missglückten Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944, befasst sich mit der „Zigeunerforschung“ der Nazis im KZ Sachsenhausen und geht auch auf die Jahre nach 1945 ein, in denen das vormalige Krankenrevier zum Lazarett im sowjetischen Speziallager wurde.

Gudrun Giese

Gedenkstätte Sachsenhausen, Oranienburg;
www.gedenkstaette-sachsenhausen.de

Grauzone

Familiäre Ehrung

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit" zeichnet hauseigenen Journalisten für sein Schaffen bei ihr selbst aus.

Der Autor der „Jungen Freiheit" (JF) Thorsten Hinz wurde am 12. Dezember 2004 in Berlin vom Stifterverlag der JF mit dem erstmals vergebenen „Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten" ausgezeichnet. Die Ehrung fand in der Zitadelle Spandau vor 250 geladenen Gästen statt. Dem Preiskomitee gehörten JF-Chefredakteur Dieter Stein, JF-Autor Fritz Schenk und Ingeborg Löwenthal, die Witwe Gerhard Löwenthals, an.

Ende 1993 griff der in Mecklenburg-Vorpommern geborene und heute in Berlin lebende Thorsten Hinz erstmals für die „Junge Freiheit" zur Feder. Im Mai 1997 stieß er als Kulturredakteur zur JF und zählt seit diesem Zeitpunkt zu den richtungsführenden Autoren der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung. Hinz tritt in der JF unter diversen Pseudonymen, darunter auch als „Doris Neujahr", in Erscheinung.

Die Laudatio auf Hinz, der auch zur Stammautorenschaft der „Preußischen Allgemeinen Zeitung" gehört, hielt der JF-Kolumnist Günter Zehm (alias „Pankraz"). Zehm gilt als rechter Scharfmacher. 1996 geriet er erstmals ins Visier der Verfassungsschutzbehörden. So kritisierte er in der JF die strafrechtliche Verfolgung der Holocaust-Leugnung und -Verharmlosung. Nach der Auffassung von Zehm ist die Verfolgung des bloßen Leugnens von Tatsachen in monströser Weise lächerlich und anstößig. Ein Staat mit solchen Gesetzen sei kein moderner Rechtsstaat. Vielmehr, so Zehm in seiner Lobesrede auf Hinz, sei in Deutschland ein regelrechtes Forschungsverbot im Stil der DDR installiert worden. An „einigen Plätzen", so betonte Zehm in seiner Rede, sei es hierzulande „sogar noch schlimmer" als in der DDR.

In seiner Laudatio bescheinigt Zehm Hinz, dass dieser „ein richtiger aufglühender Stern am Himmel der konservativ-kritischen Publizistik" sei. Das Lob dürfte für Hinz auch eine besondere Genugtuung sein; schließlich hatte Zehm vorher für Hinz offenkundig keine solch schmeichelhaften Worte übrig. 1995 war „Pankraz" auf den JF-Kollegen Hinz aufmerksam geworden. Dieser hatte in der JF der Neuen Rechten unter anderem empfohlen, bei den Grünen in die Schule zu gehen und ihre Lustfeindlichkeit aufzugeben, um Erfolg zu haben. Daraufhin erkundigte sich der erzürnte Zehm über den Autor. Als Antwort wurde ihm vom Kollegenkreis mitgeteilt, dass Hinz „ein pommerscher Nischenossi" sei, „der einst an der Leipziger Karl-Marx-Uni den Böll-Roman 'Frauen vor Flusslandschaft' erforschte." Daraufhin postulierte Zehm dann in der JF, dass die „geistigen und politischen Repräsentanten der Neuen Rechten ... glaubhaft Elitetypen verkörpern" müssten, „nicht Hinz und Kunz".

Thorsten Hinz seinerzeits kürte in seiner Rede anlässlich der Preisverleihung Günter Zehm zur „spirituellen Mitte der Zeitung" und zum „Lehrmeister für die meisten Mitarbeiter" der JF. Hinz bekannte auch: „Seine (Zehms) freundlichen Worte bedeuten mir viel."

Auf der Veranstaltung in Berlin wurde ferner der Verleger Herbert Fleissner mit dem „Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis für Publizisten" ausgezeichnet. Die Laudatio auf Fleissner hielt JF-Chefredakteur Dieter Stein.

Anton Maegerle

In eigener Sache

Betrifft: Zweite Karriere in "blick nach rechts" Nr. 24/2004 vom 25. November 2004.

Richtigstellung: Manfred Rouhs zählte nicht zu den Mandanten von Rechtsanwalt Claus Plantiko.

Meldungen

Zersplitterungstendenzen

Bad Soden – DP-Chef Heiner Kappel beklagt, dass einige seiner parteiinternen Kontrahenten „bereits am Abzählen meiner Tage als Vorsitzender“ seien. In einem Interview mit der Mitgliederzeitung der Republikaner verteidigte der Vorsitzende der Deutschen Partei seinen Kurs, mit Republikanern und DSU zu einer Verständigung zu kommen. Dabei räumt er ein, dass im DP-Vorstand eine Mehrheit gegen diese Linie votiert: „In Wirklichkeit geht es ganz konkret um die Diskussion mit oder ohne NPD.“ Wer das Programm der DP „auch nur annähernd ernst nimmt, muss feststellen, dass es erhebliche Unterschiede zu den programmatischen Aussagen der NPD enthält“, meint Kappel. Die Befürworter einer Zusammenarbeit mit der NPD verführen statt dessen nach dem Motto: „Wer sich für das Vaterland einsetzt, ist mein Partner und damit basta.“ Sorgen bereiten Kappel die Abspaltungen von der DP, zuletzt durch die in Bremen gegründete Deutsche Christliche Partei (DCP), in der Gegner einer Kooperation mit der NPD versammelt sind: „Dies zersplittert die patriotische Seite und führt nicht zum geringsten Erfolg.“ (ts)

Polizeiaktion vor dem Heisenhof

Verden – In Verden kam es am 21. Dezember zu einer brutalen Aktion eines Neonazis gegen einen Fotografen. Der Fotograf hatte die NPD/JN-Anhänger vor der Berufsbildenden Schule entdeckt, als sie gerade die Parteizeitschrift „Der Rebell“ verteilen wollten. Die sieben Neonazis griffen den Mann kurz an und setzten sich daraufhin ins Auto. Der Fahrer des Wagens, der sogenannte „Stützpunktleiter“ Verden, Sascha Jörg Schüler, soll daraufhin direkt auf den Fotografen losgefahren sein, so dass der über die Kühlerhaube flog und leicht verletzt wurde. Die Neonazis verschwanden in Richtung Innenstadt und setzten kurze Zeit später ihre Verteilaktion an einer anderen Schule fort. Jetzt kommt auf den 22-jährigen Neonazi Schüler, der wegen des Überfalls auf eine Veranstaltung der GEW in Verden als vorbestraft gilt, ein Strafverfahren wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, Fahrerflucht und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr zu. Gegen Abend rückte die Polizei mit einem richterlichen Durchsuchungsbeschluss vor dem Heisenhof des Neonazis Jürgen Rieger an, um das Fahrzeug des Heisenhofbewohners zu beschlagnahmen. Zur Durchsuchung des Anwesens kam es nicht, weil Schüler den Wagen vom Gelände fuhr. Verdens Polizeichef Axel Rott, der mit Großaufgebot vor Ort war, deutete an, dass möglicherweise Neonazi-Anwalt Rieger die Anweisung gegeben haben könnte, um so eine Durchsuchung des Heisenhofes zu verhindern. (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de